



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

II/120

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

26. Mai 1953

Hinweise
auf den Inhalt:

Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Vom Sinn der Vor-Konferenz	S. 1
Britisch-amerikanische Spannungen	S. 3
Zum Parteitag der DP	S. 5
Die CDU fiel daneben (Stuttgarter Krise beigelegt)	S. 6

Mühsam von Stufe zu Stufe

rn. Auch schon in seiner vorbereitenden Phase entwickelt sich das Ost-West-Gespräch nur mühsam von Stufe zu Stufe, unverdrossen muß man sich durch das Dickicht absichtlicher oder tatsächlicher Mißverständnisse hindurchkämpfen. Zu sehr sind die Fronten verhärtet, als daß es leicht wäre, sie aufzuweichen. Trotzdem läßt sich sagen, daß bisher das Jahr 1953 in relativ kurzer Zeit eine beachtliche stimmungsmäßige Entspannung gebracht hat.

Wie weit man im Grunde doch schon gekommen ist zeigt u.a., daß "Die amerikanische Zeitung in Deutschland" in etwas dunklen Worten die Selbstverständlichkeit ausspricht, bei einer Vierer-Konferenz ginge es im Grunde um nichts anderes als den Versuch, den Kalten Krieg zu beenden, und daß dies am gleichen Tage geschieht, an dem der Bundeskanzler, man höre und staune, sich zum Glauben an das Ende eben dieses Kalten Krieges öffentlich bekennt, er, der politisch sozusagen von der Drohung mit dem bevorstehenden Heißen Krieg lebte und der noch in London so tat, als würden sich 200 sowjetische Divisionen alsbald gen Westen in Marsch setzen.

Die letzte Phase in den Bemühungen, sich unter Anwendung äußerster Vorsichtsmaßnahmen an den gemeinsamen Verhandlungstisch heranzurobben, ist der "Prawda"-Artikel und sein Echo im

Westen. Diese ganzseitige Stellungnahme im Organ des Kreml befürwortet weiter eine Politik der Annäherung mit dem vorläufigen Ziel einer Viermächte-Konferenz (bei der man freilich nach Meinung des Moskauer Blattes nicht alle Probleme sofort zu lösen versuchen sollte), lehnt aber eine gemeinsame Vorkonferenz der Westmächte ab und sucht das zu begründen. Auch das Echo des Westens auf diesen Einspruch liegt bereits vor.

Wenn sich der sowjetische Einwand gegen die Absicht der Westmächte richten sollte, die seit Jahren im Grundsatz, wenn auch nicht in jeder Einzelheit vorhandene Gemeinsamkeit der politischen Konzeption noch einmal vor der entscheidenden Konferenz mit dem großen Gegenspieler, der Sowjetunion, zu bestätigen und zu fixieren - wenn dies der Sinn der "Prawda"-Kritik ist, wäre sie fehl am Platze und unrealistisch. Dann wäre wirklich der Verdacht gerechtfertigt, der russische Einspruch bezwecke nur die Spaltung der politischen Front des Gegners, ein Versuch, der scheitern mußte. Sollte die Kritik aus Moskau sich aber gegen die Möglichkeit der Aufrichtung einer gemeinsamen westlichen Barriere allzu massiver Forderungen an die Sowjetunion vor dem Beginn einer solchen Konferenz wenden, dann wäre es gut, wenn man sich in den Hauptstädten des Westens eine solche Haltung wirklich sehr genau überlegte.

In jedem Fall ist es aber abwegig, wenn der Kreml schon die Absicht einer internen Vorkonferenz der Westmächte als eine Verschwörung gegen die Sowjetunion betrachtet. Hier wird das gleiche krankhaft übertriebene Mißtrauen sichtbar, welches auch so viele maßgebende Politiker des Westens daran hinert, mit ungetrübtem Blick nach Moskau zu sehen, das seinerseits in der Furcht vor der Einkreisung lebt. Natürlich wäre es zu viel verlangt, nach den Erfahrungen der letzten Jahre Skepsis und Mißtrauen gegenüber den Sowjets plötzlich und radikal abzubauen. Aber man kann diese Eigenschaften nicht zu ausschließlichen Begleitern auf dem Wege zur Beendigung des Kalten Krieges machen, wenn man das Ziel ernsthaft erreichen will.

+ + +

Ursachen und Folgen der britisch-amerikanischen Spannungen

H.St.-New York, Ende Mai

Die alte geschichtliche Erfahrung, daß Koalitionen und Bündnisse aller Art am stärksten in der Defensive sind, in der Oppositionsstellung gegen eine sie gefährdende Macht, und daß sie sogleich Risse und Sprünge zeigen, sowie an die Stelle der Negation und Opposition ein positives und konstruktives Eigenprogramm treten muß - diese alte Erfahrung wird in den gegenwärtigen Spannungen zwischen London und Washington aufs neue bestätigt. Es genügt, daß der Druck, den "Kalter Krieg" und Sowjetimperialismus auf die Umwelt ausübten, auch nur um eine Spur nachließ - um schon das Kernübel einer jeglichen Allianz deutlich zu Tage treten zu lassen, nämlich den Mangel einer positiven Alternativpolitik. Beide Länder haben niemals Zeit gefunden, die Frage zu erörtern, was für ein Programm oder was für Bedingungen man stellen soll, wenn es einmal dazu kommt, daß ein Ausgleich oder eine Friedensregelung irgendwelcher Art mit Moskau zur Sprache kommt. Der imposante und im Atlantik-Pakt sogar eindrucksvoll verstärkte westliche Block verfügt über keine einheitliche Marschroute des Friedens, über keine Alternative zur Abwehrpolitik gegen russische Aggression.

Eisenhower erwartet "Vorleistungen"

Auf beiden Seiten haben die vernünftigen und verantwortungsbewussten Staatsmänner seit Stalins Tod in aller Eile daran gearbeitet, ein solches Friedensprogramm zu formulieren. Präsident Eisenhowers Erklärung am 16. April brach das Eis und öffnete neue Perspektiven, damit die amerikanische Diplomatie aus einer stagnierenden Übergangsperiode herausführend und die Sympathie aller Gutwilligen um sich sammelnd; aber Eisenhower ließ offen, welche Konzessionen Amerika seinerseits zu machen willig sei, wenn sich Moskau auf Entgegenkommen einläßt, und er forderte von den Russen eine doppelte Vorleistung, in Panmunjom und in Österreich. Churchill erwies sich als der routiniertere Stratege, bereit, sich mit kleinen Anfangserfolgen zu begnügen, wo große zentrale Dinge noch nicht zu erreichen sind; er regte eine direkte Konferenz der Großmächte an, um somit einem Ausgleich oder "Modus vivendi" näher zu kommen - und insistierte nicht auf russischen "Vorleistungen", sondern gab im Gegenteil zu verstehen, daß eine westliche Konzession, die Zulassung Rot-Chinas zu den "Vereinten Nationen", nach dem Abschluß eines Waffenstillstandes in Korea nicht mehr lange auf sich warten lassen dürfte.

Mittellinie noch nicht sichtbar

Läßt sich zwischen den Vorschlägen Eisenhowers und denen Churchills eine Mittellinie finden und somit die Einheitlichkeit der westlichen Front, die im Augenblick direkter Verhandlungen mit Moskau zweifellos dringender erforderlich ist denn je, wieder herstellen? Eine solche Mittellinie ist im Moment nicht sichtbar, aber theoretisch kann sie zweifellos gefunden werden. Viererverhandlungen über die künftige Wiedervereinlichung Deutschlands, die noch etwas formlose Anregung eines "neuen Locarno-Paktes" für Deutschland, Einigung auf der Linie der indischen UNO-Resolution für die Frage der Kriegsgefangenen in Korea - das sind alles Dinge, die zur Zeit in der Luft liegen; sie zu greifen und zu konkretisieren, sollte für geschickte und geschulte

Diplomaten nicht allzu schwierig sein. Die Frage, ob Moskau ernstlich Frieden will oder nur eine Atempause, ist damit noch nicht beantwortet auch eine bloße Atempause der Sowjetunion ist ja schon ein genügend wichtiges Ereignis, um von der Gegenseite geschickt ausgenutzt und ausgewertet werden zu können.

Attlees Schlag hat gesessen

Nun gibt es aber nun einmal die bekannten störenden Faktoren im westlichen Lager. Die kritischen Bemerkungen des englischen Oppositionssprechers Clement Attlee über Charakter und Rolle des rechten Flügels der Republikanischen Partei der USA haben in Amerika zu einem riesigen Tumult bei den Betroffenen geführt, und es dauerte einige Tage, bis verständige Leute die Erregung wieder dämpfen konnten. Aber gerade diese große Aufregung hat doch bewiesen, daß Attlees Schlag gesessen haben muß. Auch wenn man diese Kontroverse quer über den Ozean bedauert, und auch wenn man über vieles, was dabei gesagt worden ist, am besten den mildtätigen Mantel des Schweigens breitet, so bleibt doch zweifellos die ernste Tatsache übrig, daß die außenpolitische Basis Präsident Eisenhowers viel schmaler ist als die Churchills. Es ist nun einmal eine Tatsache, daß ein großer Teil von Eisenhowers eigener Partei, nämlich der ganze rechte Flügel der Republikaner von Taft bis McCarthy, Eisenhowers gemäßigt ausgewogene Außenpolitik nur widerwillig oder überhaupt nicht unterstützt.

Gewiß, innerhalb dieses "rechten Flügels" gibt es große Unterschiede zwischen dem Konservativen Taft, den Isolationisten alten Stils wie Bridges und Dirksen, und den "dynamischen" Aktivisten, deren Augen vornehmlich auf Asien gerichtet sind und die dort lieber heute als morgen dem Kommunismus den entscheidenden Todesstreich versetzen möchten - Männer aus der Schule MacArthurs und Politiker wie die Senatoren Knowland und McCarthy. Eisenhower wünscht - was sein gutes Recht ist - keinen Bruch mit diesen Kreisen und muß daher ihnen gelegentlich Zugeständnisse machen. Gewiß ist es ziemlich lächerlich, daß Senator Dirksen fordert, England die Kredithilfe zu entziehen, zur Strafe dafür, daß Attlee das amerikanische Regierungssystem kritisiert hat; aber sehr viel ernster ist schon die Einstellung zu nehmen, die sich eine friedliche Ausgleichsregelung mit Moskau nur in der Form vorstellen kann, daß Malenkov, Mao-Tse und Konsorten allesamt vor dem Westen "Bedingungslos kapitulieren", und die daher die Idee entrüstet zurückweist, daß auch der Westen seinerseits Konzessionen machen müsse, wie z.B. die Zulassung Rot-Chinas zur UNO oder gar das vollständige Falllassen Tschiang-Kai-scheks. Hier ist wahrscheinlich der wahre, wirkliche schwache Punkt in der angelsächsischen Allianz zu finden.

McCarthys Torpedo

Noch hat freilich Eisenhower, unterstützt von der gegnerischen Demokratischen Partei und dem gemäßigteren Teil der eigenen Partei, das Heft recht fest in der Hand; aber es wäre tragisch, wenn z.B. die Wiedervereinigung Deutschlands nicht am russischen "Njet", sondern an den Torpedos McCarthys scheitern würde. Ob es zu einer solchen Zuspitzung jemals kommt, ist heute noch offen, und eine solide Neuformalisierung der britisch-amerikanischen Zusammenarbeit könnte diese Gefahr sehr wohl für immer bannen. Das Orchester muß seine Instrumente neu stimmen, denn die wiederhergestellte Harmonie zwischen dem Weißen Haus und Downing Street wird demnächst wieder lebenswichtig sein.

Königskronen decken Schwarz-Weiß-Rot

F.B. Nach den beiden großen Parteien, SPD und CDU, rüstet jetzt die mittlere Garnitur für den Bundestagswahlkampf, und den Anfang wird am 30. und 31. Mai die Deutsche Partei mit ihrem Parteitag in Hamburg machen. Noch vor wenigen Monaten hätte man im Hinblick auf diesen Parteitag der Hellwege-Richtung nicht einen Pfifferling an Chancen gegeben, doch da kam die Naumann-Affäre, und seitdem hat sich manches geändert und Heinrich Hellwege seine Position gefestigt.

Seit dem letzten Parteitag der DP in Goslar sah es trübe aus um die letzten Welfen. Die hessische Gruppe der Derichsweiler und Genossen hatte die Machtpositionen im Apparat zu einem großen Teil erobert. Hellwege wurde die Parteikrone nur noch einmal aus Mitleid mit den Eltern überlassen. Die Naumann-Affäre schuf den Wandel; die neonazistischen Kräfte, die sich nach Goslar stark genug dünkten die alte Firma total zu übernehmen, wurden noch einmal, wenigstens personell, in den Hintergrund gedrängt. Die, die nicht klug genug waren, einzusehen, daß wieder die Hintergrund-Taktik angewandt werden muß, traf der Bannstrahl, wie den Landesverband Nordrhein-Westfalen, der aufgelöst wurde, die Wendigeren halten sich offensichtlich betont zurück und warten auf bessere Zeiten.

Das heißt allerdings nicht, daß die DP etwa eine generelle demokratische Reinigungskur vorgenommen hätte. In der politischen Linie der DP hat sich wenig geändert. Man spekuliert nach wie vor auf die unverbesserlichen Nationalsozialisten und hofft sogar der FDP den Wind aus den Segeln zu nehmen; immer noch ist Schwarz-Weiß-Rot das Panier. Nur die Nuancierungen sind anders geworden und offenbar wird die in Hamburg zu beschließende Linie deutsch-national-konservativ mit einem größeren Schuß Monarchismus sein.

Das läßt sich am deutlichsten an den Vorgängen ablesen, die sich vor wenigen Tagen anlässlich der Landesversammlung der Bayerischen DP in München abgespielt haben. Schon die Wahl von Prof. Bauer zum neuen Landesvorsitzenden, der ausdrücklich als der Kandidat von Hellwege vorgestellt wurde, läßt das erkennen, denn Bauer war bis 1933 Abgeordneter der Deutsch-Nationalen-Volkspartei und Führer der "Vaterländischen Verbände", denen bis 1933 auch die NSDAP angehörte. Bauers

Käuserung, er fühle sich noch heute an den Eid gebunden, den er dem König geleistet habe, rundet das Bild nur ab. Rechnet man die starken neu-monarchistischen Bestrebungen hinzu, die gegenwärtig von der DP in Niedersachsen gefördert werden, dann kann man sich ein Bild über den Konservatismus machen, der in Hamburg kreiert werden soll.

Wie weit dieser "Konservatismus" geht, zeigen die Schulforderungen der DP, die kürzlich in Bannigsen bei Hannover beschlossen wurden. Voraussetzung für Volksschullehrer soll noch nicht einmal das Abitur - die Lehrer selbst fordern erbittet die Universitätsausbildung - sondern nur die Mittelschulreife sein. Das heißt doch nichts anderes, als daß man sich einen Kader von hilfswilligen "Halbgebildeten" für die Beherrschung des Dorfes schaffen will.

Der Hauptangriff in Hamburg aber wird, das zeigen die letzten Reden von Bundesverkehrsminister Seeborn, gegen die Gewerkschaften und die SPD vorgetragen werden. Die DP hat ganz richtig erkannt, daß der einzig ernsthafte Gegner dieses "Konservatismus", bei dem die braune Farbe nur im Moment schnell übertüncht wurde, die deutsche Arbeiterschaft ist.

+ + +

Die CDU fiel daneben

(sp) Die durch das Verhalten von Reinhold Maier im Bundesrat aufgelöste und nun durch einen Kompromiß beigelegte Krise in der badisch-württembergischen Koalitionsregierung hat die CDU benützt, um selbst zum Zuge zu kommen. Sie hatte Hoffnungen, die sich nicht erfüllten, Sie war sogar in der Schulfrage zu Konzessionen in einem angesichts des Verhaltens dieser Partei in anderen Ländern geradezu erstaunlichem Ausmaß bereit. Die Schulfrage, hieß es da, sei nicht eine Angelegenheit der Kirche, sondern der CDU; über die christlichen Gemeinschaftsschulen - einer der härtesten Streitpunkte im öffentlichen Leben Baden-Württembergs - lasse sich reden, wenn... ja wenn die CDU anstelle der SPD in die Regierung Maier aufgenommen werde.

Der angebotene politische Kuhhandel fand keine Gegenliebe; zu stark war in der Vergangenheit und Gegenwart die CDU bemüht, den hundertjährigen Schulfrieden dieses Landes durch eine konfessionelle Aufspaltung der Schulen zu stören. Man wird sich dieses freilich nur taktisch bedingte Bekenntnis zur Toleranz in Schulfragen merken müssen, als ein Beweis dafür, daß die CDU, wenn es ihrem parteipolitischen Vorteil entspricht, auch Grundsätze über Bord wirft. Die Hoffnung allordings, daß die CDU im gesamten Bundesgebiet davon Abstand nehmen wird, über die Schulfrage einen Kulturkampf zu entfesseln, dürfte sich jedoch als Trugschluß erweisen.

Verantwortlich: Peter Raunau